Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 M., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 287 | Mittwoch, den 8. Dezember 1920 | 11. Jahrgang

Der Bremer Senat von den Sozialisten gestürzt.

Rücktritt des Bremer Senats.

Bremen, 7. Dez. Der aus Mitgliedern der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei bestehende Bremer Senat ist auf Grund eines einstimmig gefaßten Beschlusses zurückgetreten, weil er bei dem Verhalten der sozialistischen Mehrheit der Bürgerschaft die Geschäfte nicht weiterführen zu können glaubt. Die bürgerlichen Mitglieder der Bürgerschaft verlangen, daß ein Volksentscheid darüber herbeigeführt wird, ob der Senat zurücktreten oder die Bürgerschaft neugewählt werden soll. Inzwischen führt der bisherige Senat die Geschäfte weiter.

•

Ueber die näheren Umstände dieses höchst beachtenswerten Regierungssturzes entnehmen wir dem „Bremer Volksblatt" noch die nachstehenden Einzelheiten:

Bekanntlich hatten die Unabhängigen in der ersten Sitzung der neugewählten Volksvertretung in Bremen am 9. Juni dieses Jahres ihre Teilnahme an der Regierung des Freistaats Bremen abgelehnt und dadurch Veranlassung gegeben, daß der Senat ausschließlich aus der bürgerlichen Minderheit zusammengesetzt wurde. Die reaktionäre Herrschaft dieses Senats hat aber allmählich so rücksichtslos gewaltet, daß schließlich nicht nur unserer Partei, sondern auch den Unabhängigen die Sache zu bunt wurde. Dem Fasse den Boden ausgeschlagen hat die Haltung des Senats in der Frage der Auflösung der Stadtwehr. Zu dieser Auflösung hat sich der Senat trotz der von der Reichsregierung in Spa übernommenen Verpflichtung nicht entschließen können. Die Unabhängigen beantragten darauf ein Mißtrauensvotum und erklärten in ihrem Antrage ausdrücklich, daß sie bereit seien, die sich hieraus ergebenden Konsequenzen zu ziehen (d. h. also, sich an der Bildung einer neuen Regierung zu beteiligen. Die Red.).

Zusammentritt des neuen sächsischen Landtages.

Dresden, 7. Dez. Der neugewählte sächsische Landtag hat heute nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Bei der Wahl des Landtagsvorstandes entfielen auf den Abgeordneten Fräßdorf (S.), der auch Präsident der alten Volkskammer war, 92 von 95 abgegebenen Stimmen. Fräßdorf ist damit zum Präsidenten gewählt und nahm die Wahl an. Zum 1. Vizepräsidenten wurde Abg. Dr. Wagner (Dtnatl.) mit 77 und zum 2. Vizepräsidenten Abg. Dr. Bünger (Dt. Vp.) mit 79 Stimmen gewählt. Beide nahmen ebenfalls die Wahl an.

Als Minister sind unsere Genossen Buck (Ministerpräsident), Schwarz (Wirtschaft), Harnisch (Justiz), ferner die Unabhängigen Fleißner (Kultus), Lipinski (Inneres) und Jäckel (Arbeitsministerium) bestimmt worden.

Die neuen kommunistischen Parteivorsitzenden.

Berlin, 7. Dez. Auf dem Vereinigungsparteitag der U. S. P. D. und der K. P. D. wurden bei der Wahl der Zentralkörperschaften einstimmig zu Vorsitzenden der Partei gewählt Däumig und Dr. Levi.

(Wir werden demnächst noch auf den Verschmelzungsparteitag zurückkommen. Die Red.)

Die Entente beschwert sich wieder einmal.

Berlin, 7. Dez. Dem Minister des Aeußern sind gestern von den englischen und französischen Botschafter drei im Wortlaut übereinstimmende Noten übergeben worden, in denen über die Rede des Reichskanzlers und Außenministers im besetzten Gebiet Beschwerde erhoben wird. Die Noten werden dem Reichskabinett zur Stellungnahme vorgelegt.

Berlin, 8. Dez. Der „Vorwärts" führt die neue Ententenote über die Ministerreden in Köln und Aachen auf eine Anregung durch die militärischen Besatzungsbehörden zurück und sagt, daß dieser Schritt der Entente den Deutschen zum Bewußtsein bringt, daß ihre Aeußerungen auf deutschem Boden einer ausländischen Zensur unterworfen seien und daß selbst die Träger der deutschen Staatsautorität dieser Zensur unterliegen. Die Entente könne hundertmal das formale Recht für sich in Anspruch nehmen, für unser Gefühl bleibt es das Recht eines siegreichen Militarismus. Das Blatt fragt: Wer kann es uns verdenken, wenn wir mit aller Inbrunst den Tag herbeisehnen, an dem jeder Deutsche auf deutschem Boden ohne Aufsicht von Generalen frei sagen und frei schreiben darf, was er denkt.

Trier, 7. Dez. Die sozialistische „Volkswacht" ist auf drei Tage verboten worden wegen Veröffentlichung eines Artikels der „Humanité" zum deutschen Kinderelend.

Oberschlesien im Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten.

Berlin, 7. Dez. Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich heute mit der Antwortnote auf den englischen Vorschlag über die Abstimmung in Oberschlesien. Die Verhandlungen waren vertraulicher Natur. Sie ergaben gegenüber dem Vorschlage des englischen Premierministers völlige Einmütigkeit.

Laut „Berl. Lokalanz." hat die interalliierte Kommission in Oberschlesien verfügt, daß zur Wahrung der Interessen der polnisch sprechenden Bevölkerung ein technischer Oberpostbeirat und bei den einzelnen Anstalten Postbeiräte eingestellt werden, die berechtigt sind, den gesamten Betrieb genau zu kontrollieren.

Nach einer Meldung der „Tägl. Rundschau" erfährt das Genfer „Journal", daß der von den Deutschen gestellte Antrag auf Ausweisung Korfantys aus Oberschlesien abgelehnt wurde.

Berlin, 7. Dez. Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich des weiteren auch mit der Südtiroler Angelegenheit. Die Beratungen hierüber trugen gleichfalls vertraulichen Charakter.

Ueberschichten im oberschlesischen Bergbau.

Kattowitz, 7. Dez. Das Ueberschichtenabkommen in der oberschlesischen Bergbau- und Hüttenindustrie ist am Sonnabend unterzeichnet worden.

Zu dem Abschluß des Ueberschichtenabkommens in Oberschlesien melden die Blätter aus Beuthen, daß von den durch die Ueberschichten geförderten Kohlen ½ nach der Tschecho-Slowakei gehe, ½ Deutschland zugute kommen würden. Das Abkommen gilt für fünf Monate. Man rechnet in dieser Zeit mit einer Mehrförderung von einer Million Tonnen.

Die Forderungen des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Berlin, 7. Dez. Die Versuche des Deutschen Eisenbahnerverbandes, direkte Verhandlungen über die Erhöhung der Teuerungszulage herbeizuführen, haben erreicht, daß morgen nachmittag im Reichstag zwischen den einzelnen Verbänden und den Vertretern der beteiligten Reichsministerien über die Forderungen der Eisenbahner verhandelt wird. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird morgen vormittags zu einer Sitzung zusammentreten, in der die Mindestforderung festgelegt werden soll.

Reichsnotopfer und Zwangsanleihe.

Berlin, 7. Dez. Im Steuerausschuß des Reichstages hat Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärt: Die Vorbereitungen für die Konferenz in Brüssel seien getroffen. Die Regierung werde an der Vorlage über baldige Zahlung eines wesentlichen Teiles des Reichsnotopfers festhalten und habe inzwischen auch die Frage einer Zwangsanleihe geprüft. Ministerialdirektor Simson machte Mitteilungen über Schritte des Auswärtigen Amtes bei der Entente zwecks Verringerung der hohen Besatzungskosten.

Das Schicksal Litauens.

Kopenhagen, 7. Dez. „Berlingske Tidende" wird aus Warschau telegraphiert: Der Kommissar des Bundes und die Vertreter der Regierung in Kowno sind heute in Warschau eingetroffen, wo sich der Vertreter des provisorischen Regierungskomitees Mittel-Litauens Iwanowski bereits seit mehreren Tagen aufhält. Iwanowski teilt mit, daß die zentrallitauische Regierung den Standpunkt einnimmt, es solle im Wilnagebiet keine eigentliche Volksabstimmung vorgenommen werden, sondern die Frage solle durch das Parlament entschieden werden, das von dem Lande gewählt werden solle.

Die oberschlesische Abstimmung.

Nach allem, was wir in den letzten zwei Jahren erlebt haben, wirken Dinge, die eigentlich ganz selbstverständlich sein sollten, schon als angenehme Überraschung. So wurde es auch empfunden, daß die Ententenote über die oberschlesische Abstimmung in einem höflichen Ton gehalten war und das gleichberechtigte Mitentscheidungsrecht Deutschlands in dieser Angelegenheit anerkannte. Der Friedensvertrag sagt ausdrücklich, daß jeder in der Gemeinde zu stimmen hat, in der er seinen Wohnsitz hat, oder wenn er seinen Wohnsitz nicht in dem Gebiete hat, in der Gemeinde, in der er geboren ist. Diese Bestimmung eines von allen Beteiligten unterzeichneten Vertrags kann nur durch Übereinstimmung aller Beteiligten geändert werden. Wenn Deutschland auf der Innehaltung dieser Bestimmung besteht, dann hat es bei ihr zu verbleiben.

Da der Standpunkt der deutschen Regierung von vornherein gegeben ist, kann schon jetzt gesagt werden, daß die außerhalb Oberschlesiens wohnenden Oberschlesier in der Gemeinde stimmen werden, in der sie geboren sind. Eine andere Frage ist es, ob die Abstimmung der Zureisenden am selben Tage wie die der ortsansässigen Bevölkerung erfolgen wird. Bekanntlich ist von der andern Seite auch der Vorschlag erwogen worden, die Zureisenden an einem andern Tag abstimmen zu lassen als die Ansässigen. Zwar liegt es in der Natur der Sache, daß eine derartige Abstimmung ohne Unterschied der Berechtigten mit einem Male stattfindet, doch schreibt der Friedensvertrag nicht ausdrücklich vor, daß dies geschehen muß.

Es muß jedoch gefragt werden, was durch eine getrennte Abstimmung erreicht werden soll. Die drei Regierungen, die sich mit dem Vorschlag der Abstimmung in Köln an die deutsche und die polnische Regierung gewandt haben, geben als einzigen Grund ihres Vorschlags die Befürchtung an, daß es bei der Einreise der außerhalb wohnenden Oberschlesier und der folgenden Abstimmung zu Störungen der Ordnung kommen könnte. Als Ziel bezeichnen sie eine vollständig unparteiische und unter sichern Verhältnissen vorgenommene Abstimmung. Dieses Ziel kann aber durch eine partienweise Abstimmung nicht besser erreicht werden als durch eine einmalige. Im Gegenteil, die Gefahr von Unruhen wächst, wenn der Abstimmungsakt über mehrere Wochen ausgedehnt wird und die Stimmabgabe der Auswärtigen später erfolgt als die der Ansässigen. Durch ein solches Vorgehen würde der Kampf der Ansässigen gegen die Auswärtigen geradezu herausgefordert werden: Wenn z. B. in einem Orte die Abstimmung für die eine Partei günstig ausgefallen ist, während die andere zum zweiten Abstimmungsakt ihre Reserven von außerhalb herbeiholt, dann wird denen, die sich dadurch benachteiligt fühlen, der Gedanke förmlich nahegelegt, die Abstimmung dieser Reserven gewalttätig zu verhindern. Sie würden dazu destomehr geneigt und desto besser bereit sein, als für sie die Abstimmung ja schon beendet ist und sich ihnen kein geeignetes Feld der Betätigung mehr bietet.

Bisher hat man noch immer die Erfahrung gemacht, daß alle Befürchtungen, die man an bevorstehende Wahlen oder Abstimmungen knüpfte, hinfällig waren. Wir haben ein klassisches Beispiel davon bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 erlebt. Man hatte für diesen Tag die schlimmsten Blutbäder, ja, die Verhinderung des ganzen Wahlakts gefürchtet, und dennoch ist alles in voller Ruhe und Ordnung verlaufen. Ähnlich hatte man jetzt in Serbokroatien schwere Ausschreitungen bei den Wahlen befürchtet, und doch konnte der Telegraph auch den Bericht über diese Wahlen mit der typischen Schlußbemerkung versehen, daß sie überall ungestört verlaufen wären. Diese Erscheinung ist psychologisch sehr leicht zu erklären. In einem Tage, in dem sich alles Interesse auf ein Abstimmungsergebnis konzentriert, ist am wenigsten Stimmung für störenden Radau vorhanden. Alles arbeitet dann für seiner Sache zum Erfolge zu verhelfen, und diese Arbeit ist die beste Ablenkung von jedem schädlichen Unfug.

Es ist hundert gegen eins zu wetten, daß die Dinge in Oberschlesien genau so verlaufen werden, wenn man die Bestimmungen des Vertrags zur Grundlage der Abstimmung nimmt und darauf verzichtet, die Bevölkerung durch ganz überflüssige Abänderungsvorschläge nervös zu machen. Eine starke Garantie für einen geregelten Verlauf bietet auch das Abkommen zwischen den deutschen und den polnischen Sozialdemokraten, das durch die Vermittlung der zweiten Internationale zustande gekommen ist. Da auch die Polen gegen Köln als Abstimmungsort für die auswärts lebenden Oberschlesier protestiert haben und an einer getrennten Abstimmung gar nicht interessiert sind, wäre es jetzt wiederum gemeinsame Sache der deutschen

und der polnischen Sozialdemokraten, dafür einzutreten, daß die Abstimmung nach den unveränderten Regeln des Vertrages vorgenommen wird. Die unparteiische und unter sicheren Verhältnissen stattfindende Abstimmung möglich zu machen, ist eine Ehrensache für sie beide.

Kommunistische Volksfürsorge.

Wenn diejenigen die wirksamsten Schützer der Volkswohlfahrt sein könnten, die am weitesten das Maul aufreißen, so wären zweifellos die Kommunisten die tüchtigsten Volksvertreter. Mißt man freilich die Bedeutung dieser Partei an ihren positiven Leistungen und ihrer praktischen sozialistischen Arbeit, so nimmt sich ihre Tätigkeit geradezu erschreckend kläglich aus. Diese Wahrnehmung konnte man in letzter Zeit wieder einmal an besonders drastischen Beispielen machen.

Durch die ganze mitteleuropäische Kulturwelt hallt seit dem Ende des Krieges der Jammer über das immer größer werdende Kinderelend in der ärmeren Bevölkerung. Unsrer eigenen Anschauung tritt es täglich in so furchtbarer Eindringlichkeit entgegen, daß wohl kein Wort mehr darüber verloren zu werden braucht. Gemeinnützige Gesellschaften, wie z. B. die Quäker, bemühen sich schon seit längerer Zeit, nach besten Kräften zur Linderung des Kinderelends beizutragen, und verdienen sich den lebhaftesten Dank weitester Volkskreise. In diesen Wochen ist nun unter Mitwirkung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes eine großzügige Kinderhilfsaktion im Gange, die gerade von sozialistischer Seite aufs nachdrücklichste unterstützt zu werden verdient. Solange Reich und Staaten nicht über die erforderlichen finanziellen und materiellen Mittel für durchgreifende soziale Maßnahmen verfügen, sind wir ja leider noch immer auf die private Liebestätigkeit und auf private Sammlungen angewiesen. Den Kommunisten aber geht die großschnäuzige Parteiagitation über jede praktische soziale Arbeit. Durch die linksradikale Presse geht ein Artikel, in dem die warmherzige Aufforderung des Reichspräsidenten Ebert zu „tatkräftiger Hilfe von allen Seiten und mit allen Mitteln“ als Verrat der Volksinteressen (!) beschimpft wird. Solche Wohltätigkeitsveranstaltungen — heißt es da — seien nur verlogene Scheinreformen, und es sei viel wichtiger, durch den revolutionären Kampf, der in der Eroberung der politischen Macht und Beseitigung der Ausbeuterklasse gipfelt, die Ursachen des Kinderelends und damit dieses selbst zu beseitigen.

Natürlich denkt auch bei uns kein Mensch daran, über einer einmaligen Maßnahme die letzten großen Ziele des Sozialismus zu vernachlässigen. Daß aber durch solche leeren Schlagworte unsre Kinder im laufenden Winter vor dem Verhungern und Erfrieren geschützt werden, kann ein zurechnungsfähiger Mensch doch wirklich nicht ernsthaft glauben.

„Der Menschheit ganzer Jammer faßt mich an“, könnte man auch mit Faust ausrufen, wenn man liest, daß der Kommunistenführer Dr. Levi am letzten Sonntag in Berlin auf dem kommunistischen Verschmelzungsparteitage die oberschlesischen Arbeiter aufgefordert hat, weder für Deutschland noch für Polen, sondern vielmehr für Sowjetrußland (!) zu stimmen. Daß das Wohl und Wehe von Hunderttausenden deutscher Arbeiter davon abhängt, ob das oberschlesische Industriegebiet dem deutschen Reiche erhalten bleibt, ist zu bekannt, als daß es noch wiederholt zu werden brauchte. Aber was kümmert das einen Kommunistenführer, wenn er nur seine Parteidemagogie ausgiebig auszunützen versteht! Wer Ohren hat zu hören, der kann hier wahrlich deutlich hören, in welcher Partei die wahren „Arbeiterverräter“ sitzen.

Der entflohene Wucherer.

Im Reichstag hat Genosse Prof. Radbruch folgende kleine Anfrage eingebracht:

Der Geschäftsführer des Edenhotels in Berlin, Birndörfer, wurde vom Wuchergericht zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, aber zugleich durch Gerichtsbeschluß ohne Sicherheitsleistung enthaftet. Er ist sofort in das Ausland geflohen. Die Staatsanwaltschaft hat nichts unternommen, um diese Flucht zu verhindern.

Billigt die Reichsregierung dieses Verfahren?

Wie gedenkt die Reichsregierung angesichts dieses Vorgangs ihr Aufsichtsrecht geltend zu machen? Was ist geschehen, um Birndörfers Auslieferung herbeizuführen?

Letzte Nachrichten.

Genf, 6. Dez. Pueyrredon erklärte dem Havasvertreter, daß die argentinische Delegation in Genf nur ihre Grundsätze verteidigt habe, und daß niemand das Recht habe, zu behaupten, sie habe sich zum Advokaten Deutschlands gemacht.

Berlin, 7. Dez. Die deutsche Regierung hat der niederländischen Regierung mitgeteilt, daß sie zur Ratifizierung des holländischen Kohlen- und Kreditabkommens bereit ist. Die deutsche vom Reichspräsidenten Ebert gezeichnete und vom Reichsminister des Aeußeren Simon gegengezeichnete Vertragsurkunde befindet sich bereits im Haag, so daß der Austausch jederzeit erfolgen kann.

Berlin, 7. Dez. Der Reichsrat nahm heute den Gesetzentwurf über das Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend schweizerische Goldhypotheken in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner einstimmig an. Reichsminister Dr. Simon erklärte, die Reichsregierung würde, soweit es möglich, die Ausfuhr von Ware zur Begleichung der durch den Bezug von Lebensmitteln aus der Schweiz entstandenen Frankenschuld der öffentlichen Verbände, Länder und Gemeinden erleichtern.

Athen, 7. Dez. Die Volksabstimmung in Athen ergab 99 Proz. für und 1 Proz. gegen die Rückkehr des Königs Konstantin. Die Zahl der Stimmenthaltungen ist ganz unbedeutend. Die Straßen sind beflaggt, es herrscht eine festliche Stimmung.

Paris, 7. Dez. Die griechische Gesandtschaft in Paris teilte der Presse über die Volksabstimmung in Griechenland mit, daß 300 000 Wähler mehr abgestimmt hätten, als bei den letzten Kammerwahlen. In Thrazien habe sich die Bevölkerung mit wenig Ausnahmen für König Konstantin ausgesprochen. In der Garnison von Smyrna hätten 12 000 Offiziere und Soldaten teilgenommen und nur 900 hätten sich gegen König Konstantin ausgesprochen.

Paris, 7. Dez. Nach einer Blättermeldung aus Manchester werden die Baumwollfabriken in Lancashire wegen der Krise in der Baumwollindustrie von heute ab nur drei Tage in der Woche arbeiten.

Amsterdam, 7. Dez. „Telegraaf“ zufolge hat Japan vorgeschlagen, die Frage der deutschen Kabel in der Südsee dem Völkerbunde zu unterbreiten.

London, 7. Dez. Wie „Daily Mail“ aus Dublin meldet, drangen Hilfspolizisten in das Dubliner Rathaus ein, als der Stadtrat gerade über die Möglichkeit eines einmonatigen Waffenstillstandes verhandelte und verhafteten eine Anzahl Persönlichkeiten, darunter das Parlamentsmitglied Staines.

Einführung und Verpflichtung des Senats.

Die gestrige Sitzung des Volkstages, die zugleich als erste des gesetzgebenden Volkstags gezählt wird, brachte das feierliche Ereignis der Einführung und Verpflichtung der neugewählten Senatoren. Der Akt verlief in formaler Weise in der nackten Erfüllung der Bestimmungen der Verfassung. Es gab nur eine kleine Ansprache des Volkstagspräsidenten. Die Regierung sparte jedes Wort für ihre für Freitag angekündigte Antrittsrede. Erst diese und hauptsächlich die Taten der neuen Regierung werden erkennen lassen, ob das Steuer des Danziger Staatsschiffes in guter und sicherer Hand liegt, wie es der Volkstagspräsident in seiner Ansprache wünschte. Uns scheint es mehr als fraglich, daß die Richtung des Kompasses der Bürgerblock-Regierung eine gute ist. Sie wird nach ihrer Zusammensetzung auch keine gute Richtung einschlagen können.

Die Sitzung verlief im übrigen wie jede andere, nur daß sie kürzer war. Trotzdem kam es aber zu einem sehr lebhaften Zusammenstoß zwischen Professor Noé und den Unabhängigen. Ersterer war von Gebauer beschuldigt worden und antwortete in scharfer Weise, wofür sich die Unabhängigen mit beschimpfenden Beschuldigungen revanchierten. Gegen die Bevorrechtung der Militäranwärter und für die rechtmäßige Behandlung der Angestellten der Staatsbehörden sprach Genosse Leu.

Eingangs der Sitzung wurde Genosse Gehl ohne Widerspruch zum 2. Vizepräsidenten des Hauses gewählt. Das Lob und den Dank des Präsidenten Reinhard an den ausgeschiedenen Genossen Dr. Zint unterstrich das Haus durch lebhafte Zustimmung auf allen Seiten.

1. Sitzung des Volkstages

am Dienstag, den 7. Dezember 1920.

Eröffnung: 1.25 Uhr. Präsidium: Dr. Reinhard.

Abg. **Kerutt** (Fr. W. V.) teilte mit, daß der Aeltestenausschuß beschlossen habe, das jetzige Präsidium auch für den Volkstag bestehen zu lassen.

Bei der

Neuwahl des 2. Vizepräsidenten

für den ausgeschiedenen Genossen Dr. Zint wird Genosse Gehl vorgeschlagen und ohne Widerspruch als gewählt anerkannt. Präsident Reinhard spricht dem ausgeschiedenen Genossen Dr. Zint unter lebhaftem Beifall des Hauses für seine aufopfernde und wertvolle Mitarbeit im Parlament seinen und den Dank des Hauses aus.

Einführung und Verpflichtung der Senatoren.

Präsident Dr. **Reinhard**: Nach Artikel 3 unserer Verfassung geht die Staatsgewalt vom Volke aus. Unter Bezugnahme auf diesen, in der Verfassung verankerten parlamentarischen Grundsatz liegt es mir nun ob, den Präsidenten des Senats in sein Amt einzuführen und seine Verpflichtung entgegenzunehmen, während dann, nachdem der Präsident des Senats verpflichtet worden ist, er die Verpflichtung des Vizepräsidenten des Senats und der Senatoren seinerseits vorzunehmen haben wird.

Der Artikel 28 der Danziger Verfassung schreibt folgende Verpflichtungsformel vor.

„Ich werde die mir als Mitglied des Senates obliegenden Pflichten getreulich erfüllen, mein Amt gewissenhaft führen, die Verfassung und die Gesetze beobachten, verschwiegen sein in allem, was geheim zu halten mir geboten wird, und das Wohl der Freien Stadt Danzig nach besten Kräften fördern.“

Ich ersuche Sie, Herr Präsident, dieses Gelübde mit den Worten „Ich gelobe es“ zu bekräftigen und mache Sie darauf aufmerksam, daß nach der Verfassung die Beifügung einer religiösen Beteuerung zulässig ist.

Senatspräsident **Sahm**: Ich gelobe es, so wahr mir Gott helfe. (Dies Gelübde bekräftigte Senatspräsident Sahm mit einem Handschlag.)

Senatspräsident **Sahm**: Nachdem ich vom Herrn Präsidenten dieses Hohen Hauses in mein Amt eingeführt bin, habe ich die Ehre, die übrigen Herren Mitglieder des Senates gleichfalls einzuführen und wende mich zunächst an den Herrn stellv. Präsidenten des Senats, Dr. Ziehm. Auch dieser spricht unter Handschlag ebenfalls die Verpflichtung aus.

In derselben Weise werden vom Senatspräsidenten sodann sämtliche hauptamtliche und parlamentarische Senatoren, mit Ausnahme des nicht anwesenden Senators Keite, auf ihr Amt verpflichtet. Alle Senatoren fügten die religiöse Formel hinzu.

Präsident **Reinhard** hielt darauf eine Ansprache, in der der auf die Bedeutung des Tages hinwies. Die regelmäßige parlamentarische Arbeit würde nun beginnen. Große Aufgaben ständen bevor. Unser Staatsschiff ist im Begriff, auf die hohe See hinauszufahren. Dazu seien nach einem alten lateinischen Fischerspruch drei Dinge nötig. Sidere, der Kompaß für die Fahrt in guten Gestirnen. Ventis: Günstige Winde, damit wir auch schwere Zeitverhältnisse glücklich überwinden. Manibus: Kräftige Hände, die das Steuer unseres Staatsschiffes sicher führen.

Die Vorlage auf

Errichtung einer Elektrizitätswirtschaftsstelle

wird in dritter Lesung ohne Aussprache gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Ein ehemaliger Antrag der Linken, der von der bürgerlichen Mehrheit in früherer Sitzung abgelehnt war und die

Ermäßigung des polnischen Kartoffelpreises und einheitliche Regelung des Brotpreises

bezweckte, ist von den Deutschnationalen in veränderter Form wieder aufgenommen. Der Antrag wurde dem Wirtschaftsausschuß zur Beratung überwiesen.

Eine unabhängige Anfrage führte Beschwerde über die

Bevorzugung von Militäranwärtern bei Anstellung von Kanzleibeamten.

Abg. **Gebauer** (Unabh.) kritisierte in der Begründung, daß die Angestellten stets hinter die Militäranwärter zurückgestellt würden. Insbesondere wäre dies beim Versorgungsamt und beim Landgericht zu verzeichnen. Auch Professor Noé hätte in bezug auf die Angestellten geäußert, die Leute würden auf die Straße gesetzt werden.

Senatspräsident **Sahm**: Die vom Abg. Gebauer vorgetragenen Beschwerden werden wir prüfen. Das Hauptversorgungsamt untersteht dem Deutschen Reiche und haben wir daher auf diese Stelle keinen Einfluß. Prof. Noé hat den Beweis erbracht, daß er nicht Leute auf die Straße drängt, sondern er hat für eine große Anzahl Arbeitsloser Arbeitsgelegenheiten geschaffen. Das Beamtenrecht wird unter Fühlungnahme mit den Vertretern der Beamten und Angestellten neu und einheitlich geregelt werden müssen.

Genosse **Leu**: Es ist unhaltbar, daß die Militäranwärter bei der Anstellung bevorzugt werden. Der Landgerichtspräsident hat sich in einem Schreiben geäußert, daß offene Stellen für Militäranwärter mit Zivilversorgungsschein reserviert bleiben. Die Kriegsinvaliden läßt man dagegen auf Anstellung warten. Wir wollen den Militäranwärtern keinesfalls die ihnen zustehenden Rechte nehmen, jedoch können sie keine Vorrechte beanspruchen. Nur die Tüchtigkeit muß für die Anstellung entscheidend sein, nicht die Gesinnung. Ein weiterer Uebelstand besteht bei den Justizbehörden. Die Angestellten müssen dauernd Ueberstunden leisten, wofür sie nicht entschädigt werden. Das Arbeitspensum ist gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend erhöht. Es wäre richtiger, wenn man Arbeitslose einstellen würde.

Erregte Zusammenstöße.

Professor **Noé** (Dem.) weist die Angriffe des Unabhängigen Gebauer in scharfer Form zurück. Als er sich auf seine Leistungen beruft und den Unabhängigen vorwirft, daß sie mit ihren Phrasen noch kein Kind in Danzig satt gemacht hätten, entsteht großer Lärm. Man schreit: „Sie haben Arbeiter brotlos gemacht. Als Noé weiter sprechen will, ertönen neue Zurufe: Sie sind wohl meschugge. Sie sind ein Lebensmittelschieber. Noé fährt dann fort und führt aus, daß die vordem heruntergekommenen Betriebe jetzt wieder leistungsfähig arbeiten. Die Angestellten, die aber dabei hindernd im Wege stehen und den Aufbau zu stören versuchen, könnten nicht geduldet werden. (Unabhängiger Zuruf: Der neue Kurs. Man ruft: Sie Butterschieber gehören vors Gericht, nicht aber hierher als Senator!) Noé weist kurz darauf hin, daß er keine Leute herausgeworfen habe, sondern im Gegenteil dauernd Arbeitslose von der Straße wegnehme.

Abg. **Gebauer** (Unabh.) versuchte noch einmal, seine Ausführungen zu unterstreichen. Er ist aber derart unverständlich, daß eine große Unruhe entsteht, die Gebauer in tiefster persönlicher Erkenntnis als „Kuhstallgeräusche“ bezeichnet.

Abg. **Schielke** (Zentr.) sieht sich in der Vertretung der Interessen der Angestellten der Justizbehörden vom Gen. Leu und von Gebauer zurückgesetzt und glaubte diese Vertretung für sich in Anspruch nehmen zu können. (Zuruf des Gen. Arczynski: Sie haben sie wohl gepachtet!)

Damit schließt die Besprechung dieser Anfrage.

Ein demokratischer Antrag fordert zur

Förderung des privaten Wohnungsneubaues

die Ergänzung einer früheren Verordnung dahingehend, daß alle nach dem Jahre 1914 neu eingeführten oder abgeänderten Steuern auf Wohnungen, Grundbesitzwechsel, Wertzuwachs bei Grundstücksverkäufen jetzt auf die durch rein private Bautätigkeit hergestellten genannten Gebäude und Gebäudeteile keine Anwendung finden. Hinsichtlich dieser Gebäude und Gebäudeteile sollen nur die am 1. August 1914 in Geltung gewesenen Steuergesetze und Steuerordnungen angewendet werden. Auf Gebühren im Sinne des § 4 des Kommunalabgabengesetzes soll die Einschränkung keine Anwendung finden.

Auch die Veranlagung der bezeichneten Gebäude und Gebäudeteile zur staatlichen Gebäudesteuer oder zur kommunalen Grundwertsteuer soll unter Zugrundelegung fingierter Herstellungskosten oder eines fingierten gemeinen Wertes zu erfolgen haben, der nach dem Stande vom 1. August 1914 zu ermitteln ist.

Abg. **Hennke** (Dem.) begründet den Antrag, durch den die private Unternehmungslust gefördert werden solle. Dem Unternehmer wäre es jetzt nahezu unmöglich, Neubauten ohne staatliche Zuschüsse auszuführen. Der Antrag soll im Siedelungsausschuß beraten werden.

Abg. **Haak** (Dnatl.) tritt dafür ein, daß die Mieten für alle Neubauten vollständig freigegeben werden.

Genosse **Grünhagen**: Die Freigabe der Mieten würde die jetzige öffentliche Bewirtschaftung durchlöchern. Auch die Mieten für alte Häuser würden dann auf die gleiche Höhe der freigegebenen Wohnungen steigen. Gegenüber dem deutschnationalen Redner trete ich für den Bau von Kleinhäusern ein. Der Mensch soll sich in seiner Wohnung wohl fühlen. Bei den jetzigen Mietshäusern ist jedoch beim Bau nur immer das Profitinteresse maßgebend. Wir werden im Ausschuß zu dieser Frage eingehend Stellung nehmen.

Der Antrag wird einstimmig dem Siedelungsausschuß überwiesen.

Einige Einsprüche gegen die Volkstags-Wahlen

sind vom Ausschuß als unbegründet geprüft und die beanstandeten Wahlen für Zeyers-Niederkampen, Neumünsterberg und Kl.-Wollan unter widerspruchsloser Zustimmung des Hauses für gültig erklärt.

Schluß der Sitzung nach 4 Uhr.

Die nächste Sitzung des Volkstages findet Donnerstag, nachmittag 2 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen: Die drei Lesungen des vom Verfassungsausschuß vorgelegten Gesetzes betr. Ergänzung der Verfassung nach den Anordnungen des Völkerbundes. Ein Antrag Kubacz und Gen., der verlangt, daß im Verhältnis der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen die polnische Valutaverordnung rückwirkend aufgehoben wird und ein Antrag des Staatsrates um Bewilligung von 16 000 Mark für Einrichtung einer Aufschleppe in Nickelswalde an der Mündung der Stromweichsel.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 287 | Mittwoch, den 8. Dezember 1920 | 11. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Der Anteil der Hausbesitzer an der Untermiete.

Der Danziger Mieterverein beschäftigte sich gestern gemeinsam mit Vertretern des Zoppoter, Olivaer Mietervereins und des Hausmietervereins mit der Frage des Anteils der Hausbesitzer an der Untermiete. Die Behörde hat bestimmt, daß ein etwaiger Anteil des Hausbesitzers an der Untermiete bei Bemessung der Mietgrenze nicht in Anrechnung gebracht werden soll. Die erforderliche nähere Regelung steht noch aus. Aus Zoppot wurde Klage geführt, daß einzelne Hausbesitzer bereits bis 25 Proz. der Untermiete in Anspruch nehmen und zwar auch von der Bezahlung für Benutzung der Möbel, für Heizung, Beleuchtung, Bedienung und Beköstigung usw. Eine behördliche Regelung erscheint deshalb den Mietervereinen dringlich. Die Frage wurde nach allen Richtungen eingehend erörtert. Die Berechtigung zu einem Anteil wird hauptsächlich darauf gestützt, daß die Mieter vielfach hohe Wucherpreise nehmen und daß der Hausbesitzer aus diesem Grunde daran Anteil haben will. Man war aber in der Aussprache der Meinung, daß einzelne Wucherpreise nicht dazu führen dürften, auch diejenigen zu belasten, die angemessene Mieten nehmen. Die Mietervereine billigten solche Wucherpreise nicht. Man wolle versuchen, auch hier eine Höchstgrenze zu finden. Schon jetzt greift das Wohnungsamt und das Mieteinigungsamt ein. Man wolle aber zu einem gewissen Ausgleich kommen und sich damit abfinden, daß der Hausbesitzer einen Anteil erhalten kann. Dieser Anteil könne sich jedoch nur auf die reine Wohnungsmiete beziehen, nicht auf die Bezahlung der Nebenleistungen. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die Untervermietung bei dem jetzigen Mangel an Wohnungen im allgemeinen Interesse liegt. Für die Zivileinquartierung würden sonst Aufwendungen gemacht, und hier erfolge kostenlos eine Zivileinquartierung. Man möge also die Untermiete nicht übermäßig belasten. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: Bei einer Untervermietung zu Wohnzwecken kann der Hausbesitzer einen Anteil bis zu 10 Proz. der reinen Miete erhalten. Die reine Miete ist auf Grund des Mietzinses zu berechnen, den der Mieter an den Hausbesitzer für die ganze Wohnung bezahlt. Handelt es sich um eine Untervermietung zu gewerblichen Zwecken, so kann ein höherer Prozentsatz genommen werden.

Die Mietervereine in Danzig, Zoppot und Oliva haben gestern einen Ausschuß gewählt, der die Vorarbeiten zur Gründung eines Verbandes der Mietervereine im Freistaat vornehmen soll. Auch die Gründung weiterer Mietervereine soll betrieben werden. In den Ausschuß wurden gewählt die Herren Döhring-Oliva, Wagner-Zoppot, Johann Hogen, Eugen Koch und Rechnau in Danzig.

Der Mieterverein beschäftigte sich mit der Tätigkeit des Wohnungsamts, das vielfach angegriffen wurde. Auch aus Mieterkreisen sind die Klagen über die Zuweisung der Wohnungen und die Abfertigung auf dem Wohnungsamt nicht selten. Der Mieterverein zog hieraus aber keineswegs die Folgerung, daß das Wohnungsamt abzuschaffen sei. Es wurde aber dringend eine Reform verlangt. Der ganze Betrieb müsse vereinfacht werden. Die Abfertigung müsse schneller vor sich gehen. Es müsse ein Ausschuß eingesetzt werden, der die Frage der Reform zu prüfen hätte.

Passagierdampferverkehr Danzig—Pillau—Libau.

Bremen, 6. Dez. Der Norddeutsche Lloyd eröffnet am 15. Dezember eine regelmäßige Passagierdampferlinie mit wöchentlich zweimaligen Fahrten zwischen Danzig und Libau über Pillau mit dem kürzlich käuflich erworbenen neuen Passagierdampfer „Nymphe". Es werden Gepäck, Expreßgüter und in geringem Umfange auch Frachtgüter befördert.

Die Siedelungsgenossenschaft „La Patagonia".

Dem Wanderungsamt der Stadt Danzig (Sandgrube 41 a) geht von einem Danziger, der entgegen der s. Zt. erfolgten Warnung sich der Siedelungsgenossenschaft „La Patagonia" in Argentinien angeschlossen hatte, die Nr. 125 der „Deutschen La Plata-Zeitung" zu, in der über die trostlosen Verhältnisse in jener Siedelungsgenossenschaft berichtet wird. Besonders bezeichnend ist der Hinweis über die Geschäftsführung; es sind den Siedlern Versprechungen gemacht worden, die niemals erfüllbar gewesen wären. Der Bericht enthält auch unrichtige Angaben: Exzellenz von Lindequist (der frühere deutsche Gouverneur von Südafrika) wurde als einer der Ehrenpräsidenten bezeichnet, ihm ist aber niemals ein solcher Posten angeboten worden.

Einige Angaben aus der „La Plata-Zeitung" mögen die geradezu verbrecherische Art der Geschäftsführung beleuchten. Das ganze Genossenschaftskapital der Siedler würde durch die Gehälter und Unkosten verschlungen, andere Einnahmen waren bisher überhaupt nicht zu verzeichnen. Der erste Direktor war mit einem Jahresgehalt von 180 000—240 000 Mark angestellt, die anderen Direktoren, Aufsichtsratsmitglieder usw. mit entsprechenden Gehältern. Die finanzielle Grundlage sollte durch ein Warengeschäft geschaffen werden, über das die laienhaftesten Vorstellungen herrschten. Der Erlös der Waren ergab durchschnittlich 50 Proz. Verlust gegenüber dem Einkaufspreis. Im Dezember und Januar d. Js. sahen die Kolonisten Rechnungen über 50 000 Mk., die unlängst wieder auftauchten, aber mit einem Betrage von 500 000 Mark. Unser Danziger Siedler kam mit einem schriftlichen Vertrage an, in dem ihm gegen einen Geschäftsanteil von 5000 Mk. eine eingerichtete Estanzia von 2500 Hektar mit 2000 Schafen und allem weiteren toten und lebenden Inventar nebst einem Kredit von 30 000 Pesos garantiert wurde. Schließlich griffen die Siedler energisch zur Selbsthilfe. Einige Genossen zwangen den Direktor Fuhrmann in Buenos-Aires zum Rücktritt, ließen ihn verhaften und deckten die ganze Mißwirtschaft auf. Freilich ist den Kolonisten, die nun fast mittellos im fremden Lande dastehen, damit noch nicht geholfen.

Wir verweisen von neuem auf diesen Vorfall, der allen Auswanderungswilligen zur Warnung dienen möge. Rechtzeitige Inanspruchnahme des Wanderungsamtes hätte auch in diesem Falle die Interessenten vor dem Zusammenbruch auf fremder Erde geschützt, denn dem Amte war seit langem die Siedelungsgesellschaft „La Patagonia" als jeder soliden Basis entbehrend, bekannt.

Die Ueberschwemmungen auf Neugarten und in Schidlitz. Sowohl in Schidlitz als auch auf Neugarten sind in letzter Zeit nach stärkeren Regenfällen stets Ueberschwemmungen eingetreten. Die von den landwirtschaftlich genutzten Hängen des Schidlitztales und den nördlich anschließenden Tälern abfließenden Regenmengen führten größere Sandmengen mit sich, die meist in kurzer Zeit die Regeneinläufe verstopften. Um diesem Uebelstande zu begegnen, beabsichtigt der Magistrat, die besonders gefährdeten Flächen der Hänge der landwirtschaftlichen Nutzung zu entziehen und festzulegen und in den Haupttälern und Mulden durch Anlage von kleinen Sperrdämmen und Sandfängen den abgespülten Sand möglichst zurückzuhalten. Die erforderlichen Kosten mit 34 000 Mark beantragt der Magistrat bei der Stadtverordnetenversammlung.

Die Lebensmittelausgabe an fremde Schiffe. Um zu verhindern, daß die auswärtigen Schiffe in unzulässigem Maße mit Lebensmittel versehen werden, hat der Magistrat eine Verordnung erlassen, nach der die Lieferung von Proviant nur mit Genehmigung des Magistrats zulässig ist. Diesbezügliche Anträge sind bei der Nahrungskartenstelle in Neufahrwasser oder beim Ernährungsamt Wiebenkaserne, Flügel B, Eingang Poggenpfuhl, Zimmer 16, einzureichen. Die Formulare sind dort erhältlich.

Filmschau.

Passage-Theater. Dem sechsaktigen Film „Das Götzenbild der Wahrheit" liegen die Schurkentaten einer Fälscherbande von russischen Staatspapieren zugrunde, die einen jungen Maler zum unfreiwilligen Werkzeug ihrer Taten machen. Als das ganze Treiben dieser Leute aufgedeckt wird, stellt sich die Unschuld des Malers heraus. — Der vieraktige Stuart Webbs-Film „Die graue Elster", dürfte sicherlich den Gefallen aller Freunde von Detektivfilmen finden. W.—f.

Die Metropol-Lichtspiele lassen ein Detektiv-Drama „Geistertanz" abrollen. Von dem Tanz der Geister war beim besten Willen nichts zu entdecken, dafür aber um so mehr von den üblichen Heldentaten der Detektive. Der zweite Film „Expreßt, Tragödie in 6 Akten läßt sich mit größerem Recht als sehenswert bezeichnen. Neben guter Darstellung der in den Hauptrollen tätigen Schauspieler, war die Handlung nicht ganz ohne belehrenden Wert. Besonders war auch die Ausstattung hervorragend. Dieser Film söhnt mit der ersten Nummer wieder aus. B.

Sport und Körperpflege.

Freie Turnerschaft Danzig.

Mit dem 1. Dezember hat ein Ausbildungskursus für Vorturner und Vorturnerinnen begonnen. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, unter Anleitung seiner bewährten Turnwarte tüchtige Vorturner sowie Vorturnerinnen heranzubilden und diese mit allen turntechnischen und turnsprachlichen Fragen vertraut zu machen. Erstanden ist die Einrichtung dieser Vorturnerstunden aus dem Gedanken heraus, den Verein sowohl als auch den einzelnen Turner mehr wie bisher befähigter zu machen, den turnerischen Anforderungen gerecht zu werden. Es ist Pflicht eines jeden von uns, diese vom Verein in so dankenswerter Weise getroffene Einrichtung zu besuchen, um dadurch in wirksamer Weise den gesteckten Zielen näher zu kommen. Die erste dieser Vorturnerstunden, die am Freitag stattfand, war sehr gut besucht und hat jeden der Teilnehmer vollauf befriedigt; nur ist zu bedauern, daß gerade die älteren Turner und Turnerinnen durch ihre Abwesenheit glänzten. Deshalb richten wir gerade an diese die dringende Bitte: Nehmt an unseren Vorturnerstunden teil und helft mit, zu einem guten Gelingen dieser Veranstaltung beizutragen.

Die Turnstunden finden jeden Freitag in der Turnhalle Schleusengasse von 7 bis 9 Uhr abends statt.

Größte Auswahl in **Goldfüllfederhaltern** nur beste Fabrikate **J. H. Jacobsohn** Holl. — Gegr. 1856 nur Heil. Geistgasse 120/121. Fernspr. 159. (281

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Linden.

71) (Fortsetzung.)

Als Bertel am andern Morgen gegen neun Uhr eifrig nähte, klopfte es, und Bertold erschien. Er sagte:

„Der Lehrer läßt fragen, ob die Bertel krank is. Wenn sie nich krank is, soll sie flugs mitkommen, oder die Frau Konraden muß Strafe bezahlen."

„Nu jedet," sagte die fromme Witwe, „is war der Bertel heute morgen gar nich hübsch, und da habe ich sie zur Vorsorge lieber dabehalten."

„Wenn sie aber näht, kann sie auch zur Schule gehen," gab Bertold recht patzig zurück. „Der Lehrer hat gesagt, wenn die Bertel nich im Bette liegt, soll ich sie mitbringen. Komm doch, Bertel! Der Lehrer schimpft, wenn ich mich zu lange verweilen tue."

„Ich kann doch nich das Haus alleine lassen," jammerte Frau Konrad.

„Warum nich? Das trägt Ihnen niemand fort," entgegnete der Junge, ohne einen Funken von Teilnahme.

Berta hatte ihr Kopftuch umgebunden, sie nahm ihre Bücher und sagte:

„Ich muß gehen, Frau Konrad, sonst habe ich es nachher zu böse in der Schule."

Unterwegs sagte Bertold:

„Bloß wegen dem Gesangbuchliede läßt er dich holen, daß du nicht etwa das Gedicht so aufsagst, wie der Theodor will."

„Gerade sage ich's so auf," entgegnete Bertel.

„Ich schlage der Theodor braun und blau, wenn du's machst!", rief Bertold zornig aus.

„Der Theodor wird dir gerade still halten," rief die Kleine spöttisch aus. „Der haut wieder, und da wirst du die meiste Keile besehen."

„Eppisches Dingl" rief Bertold zornig aus und versetzte Bertel einen so kräftigen Stoß, daß sie fast zu Boden gefallen wäre. Aber im nächsten Augenblick sagte er reuevoll:

„Du hast dir doch nich weh getan, Goldbertel? Ich habs wirklich nich so böse gemeint!"

„Du bist ein grober Fleez," erklärte Bertel, der Bertold Schneider Schmerzen zugefügt hatte.

„Na, bis schon nicht mehr böse," bat der Junge. „Stoße mich wieder, dann sind wir quitt."

„Das tue ich nicht," versicherte Bertel, „aber du sollst nich immer so grob sein."

Die Versöhnung war nun geschlossen. Als beide Kinder in der Schule anlangten, sagte Bertold:

„Herr Lehrer, die Konraden hat die Bertel dabehalten wollen, weil sie ins Schloß muß, aber ich hab gesagt, der Herr Lehrer geht vor."

„Berta, sage das Gesangbuchlied auf, das ihr zu heute auswendig gelernt habt," befahl der Lehrer. Die Kleine faltete die Hände und sagte mit ihrem klaren Silberstimmchen:

„Zwar bin ich kein Rabenaas,
Und auch kein Sündenlümmel,
Doch bitt ich recht von Herzen dich,
Nimm auf in deinen Himmel mich."

Der Lehrer rang nach Atem, dann fragte er, krebsrot vor Aerger im Gesicht:

„Steht das Lied so in deinem Gesangbuche?"

Theodor Gisbert erhob sich von seinem Platz. Er überragte alle Kinder an Größe. Er sagte treuherzig:

„Entschuldigen Sie, Herr Lehrer, Ich habe das Lied für die Bertel umgedichtet."

„Na, das is doch ne unerhörte Frechheit!" rief der Lehrer. „Gisbert, dafür wirst du mir fünfzig Mal das Vaterunser abschreiben. Statt daß du das kleine Mädel eines Besseren belehrst, stiftest du sie noch zu allen Dummheiten an. Birkner Berta, du stellst dich in die Ecke und bleibst da stehen, bis die Stunde zu Ende ist."

„Herr Lehrer, sie kann doch aber gar nichts dafür!" riefen Gisbert und Schneider gleichzeitig aus.

„Ihr seid ruhig," befahl der Lehrer. „Bergmann, lies weiter, wo wir stehen geblieben sind."

In der Zwischenstunde fragte die Müller Grete:

„Gehst du eigentlich gern in die Schule, Bertel?"

„Nu, hier verrat ich mich doch," erklärte Berta der Wahrheit gemäß. Daheim führte sie ein [illegible], wie in der Tretmühle. Wenn die Sonntage mit ihrer köstlichen Ruhe nicht gewesen wären, dann wäre das zarte Kind schon nach den ersten Wochen zusammengebrochen. Wie erschöpft Berta war, ging daraus hervor, daß sie Sonntag stets bis gegen Mittag schlief. Gestärkt und erfrischt erhob sie sich dann, kleidete sich eiligst an und lief in den Kuhstall, um ihrer Mutter guten Morgen zu wünschen. Frau Birkner hatte aber keine Zeit, sich ihrem Kinde zu widmen. Sie sprach einige freundliche Worte mit der Kleinen und schickte sie dann in die Küche, wo Frau Friedrich sie mit einem leckeren Frühstück bewirtete. Die Kinder der Köchin waren in Amerika. Frau Friedrich hatte ihre Enkelkinder nie bewirten können, da tat sie dem fremden Kinde zuliebe, was sie dem eigenen Fleisch und Blut nicht zuwenden konnte.

Die Leute in Neuhof hatten das hübsche Bertel alle gern. Als der Winter wieder ins Land kam, machte ihr der Stellmacher einen kleinen Schlitten. Wenn sich die Kleine wohlverpackt in den hübschen Schlitten setzte, dann zankten sich die Jungen um die Ehre, sie fahren zu dürfen, aber auch Bertold und Theodor scheuten den weiten Weg nicht, um ihre Ritterdienste Bertel anzubieten. Die Söhne der Neuhofer Knechte und Tagelöhner sahen die fremden Jungen aber für Eindringlinge an und mehrmals kam es zu einem Handgemenge zwischen ihnen. Frau Birkner stiftete dann Frieden. Mitunter unterstützte sie ihre schiedsrichterlichen Bemühungen dadurch, daß sie Aepfel, Nüsse oder Backobst unter die Knaben verteilte. Mitunter mischte sich auch Herr Nesselmann in die Kämpfe, aber [illegible] Argumente waren meistens schlagender Natur und wurden [illegible] jungen Herren grollend hingenommen, dagegen wurden die [illegible] Kleinen sofort [illegible] mit gefüllter Schürze auf der Bildfläche erschien. Bertel bat die Mutter so lange um Erlaubnis, Therese ab und zu mit nach Neuhof nehmen zu dürfen, daß diese bei Herrn Nesselmann darum anging.

„Meinetwegen kann Bertel die ganze Klasse mitbringen," erwiderte Herr Nesselmann lachend, „vorausgesetzt, daß die Mädel auf Stroh schlafen wollen."

Von dieser weitgehenden Erlaubnis machte Berta keinen Gebrauch, aber die arme Therese war ein häufiger Gast auf Neuhof.

Für die arme vernachlässigte Therese waren diese Besuche Lichtblicke in ihrem dunklen Leben. Was für ein Genuß war es für sie, [illegible] in einem warmen, sauberen Zimmer aufhalten zu dürfen und freundliche Gesichter um sich zu sehen. Die schönen Braten und feinen Mehlspeisen lockten Therese nicht nach Neuhof. Sie war zufrieden, wenn sie ihren Hunger stillen konnte, aber sie fühlte sich dort so unbeschreiblich glücklich, daß ihr kleines Herz vor Freuden schneller ging, wenn Bertel ihr heimlich zuflüsterte: „Du, Thereschen, auf'n Sonnabend darfst du mit nach Neuhof. Vergiß bloß die Euphrosine nicht!"

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Gerichtssälen.

Räuberischer Totschlag vor dem Schwurgericht.

Gestern begann die vierte Schwurgerichtsperiode des nun bald verflossenen Jahres. Die Verhandlungen werden durch Landgerichtsdirektor Kule geleitet. Derselbe machte zunächst die Geschworenen mit ihren Pflichten bekannt und äußerte sich sodann in längerer Ausführung gegen den von Gerichten in letzter Zeit häufiger als sonst gemachten Vorwurf der Klassenjustiz. Er griff dabei u. a. auch eine vor einigen Tagen in einer hiesigen Zeitung gemachte Bemerkung auf, in der gesagt wurde, daß die Opfer der unter seinem Vorsitze stattfindenden Schwurgerichtsverhandlungen schon im voraus zu bedauern seien. Wenn von Klassenjustiz überhaupt die Rede sein könne, so träfe diese vor allem Tiegen auf Verbrechen zu, die das Verbrechen auf ihrem Schild erhoben hätten.

Die erste Verhandlung richtete sich gegen den Arbeiter August Grablowski aus Danzig, welcher beschuldigt war, in einer Nacht des vergangenen August den Russen Meier Vigum, der sich in Danzig, nachdem er in Kriegsgefangenschaft geraten war, niedergelassen und als Händler mit Kleidern, Stiefeln und anderen Gegenständen ernährte, totgeschlagen zu haben. Vigum besuchte verschiedene Kneipen und hatte deshalb Grablowski angestellt, der ihn unterwegs beim Tragen seiner Handelsgegenstände behilflich war. Am Tage vor der Tat soll Vigum ein besonders gutes Geschäft gemacht haben. Beide hatten bei einem ihnen schon von einer früheren Tour her bekannten Wirte in Neuenhuben in dessen Scheune Unterkunft gefunden. Am nächsten Morgen erschien Grablowski allein in der Wohnung des Wirtes und erbat die in dem Übernachtungsraum von ihnen eingestellten Sachen mit dem Bemerken zurück, daß Vigum ihm vorausgegangen sei. Mittags fand der Wirt unter Stroh versteckt die furchtbar entstellte Leiche Vigums in der Scheune. Die spätere Untersuchung ergab vierzehn lebensgefährliche mit einem stumpfen Instrument ausgeführte Kopfverletzungen. Grablowski gab nach seiner Verhaftung die Tat zwar zu, wollte den Vigum aber mit dessen eigenem Hammer im Streit und der Erregung erschlagen haben. Das Geld, welches Vigum zweifellos bei sich geführt, fand aber bis heute. Von den Vigum gehörenden Handelsgegenständen hatte Grablowski inzwischen mehrere Anzüge verkauft und auch aus seiner Wohnung seine übrigen Sachen mit dem Bemerken geholt, Vigum sei in seine frühere Heimat abgereist, er solle ihm die Sachen nachschicken.

Im Laufe der Verhandlung spitzte sich das Belastungsmaterial gegen den Angeklagten Grablowski so schwerwiegend zu, daß den Geschworenen auch die Frage vorgelegt wurde, ob ein glatter Mord vorläge. Der Staatsanwalt zog allein diese Frage bei seinem Plädoyer in Erwägung und beantragte dementsprechend die Verurteilung. Die Geschworenen gelangten nach längerer Beratung zu dem Resultat, daß Grablowski dem ursprünglichen Sinn der Anklage nach, wegen Raubes mit Todesfolge durch die dabei angewandten Gewaltmittel zu verurteilen sei. Das Urteil lautete auf 15 Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte, welcher bereits geglaubt hatte, daß es um seinen Kopf ging, erklärte, das Urteil annehmen und die Strafe sofort antreten zu wollen.

Krankenkassentag in Berlin.

Ein Allgemeiner deutscher Krankenkassentag fand am 3. Dezember in Berlin im Lehrervereinshaus statt. Die Vertreter der Krankenkassenverbände aller Art, die an 15 Millionen Versicherte in sich vereinigen, waren zahlreich erschienen, ebenso Vertreter der Behörden, der Parlamentsfraktionen, der Unternehmer-, Arbeiter- und Angestelltenorganisationen. Dem einleitenden Referat des Geschäftsführers Helmut Lehmann-Dresden über die Neuordnung des ärztlichen Dienstes in der Krankenversicherung folgte eine umfangreiche Aussprache, an der sich namentlich die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften sowie die Kassenvertreter in zustimmendem Sinne beteiligten. Sodann faßte der Kongreß folgende Entschließung:

„Der schon Jahrzehnte währende, in dem schroffsten Formen geführte Kampf der Ärzte gegen die Krankenkassen hat in dem im Mai 1920 unter Vertragsbruch eingeleiteten allgemeinen Streik der Ärzte seinen Höhepunkt erreicht. Dieser Kampf schädigt die Volksgesundheit und die Krankenfürsorge aufs schwerste. Insbesondere hindert er die allgemeine Einführung der freien ärztlichen Behandlung der versicherungsfreien Familienangehörigen.

Die wiederholten Versuche der Kassenverbände, durch zentrale Vereinbarungen den Frieden oder wenigstens ein erträgliches Verhältnis mit den Ärzten herzustellen, müssen als endgültig gescheitert angesehen werden. Der Ärzteverband ist nicht vertragsfähig, weil die ihm angeschlossenen Ärztevereinigungen vielfach die Gefolgschaft verweigern. Oertlich erkennen die Ärzte von den Vereinbarungen häufig nur das als bindend an, was für sie günstig ist. Auch der Ärzteverband hält sich nicht an Vereinbarungen oder gibt ihnen eine Auslegung, die mit ihrem Wortlaut und ihrem klaren Sinn nicht zu vereinigen ist. Nach jeder unter den schwierigsten Verhandlungen und unter Drohungen der Ärzte zustande gekommenen Vereinbarung entstehen den Krankenkassen neue Schwierigkeiten, neue Kämpfe, so daß sie nicht zur Ruhe kommen.

Der Kernpunkt der Ärztefrage liegt in der ungleichen Behandlung der Kassen und Ärzte durch das Gesetz. Es legt zwar den Kassen die Verpflichtung auf, ihren Mitgliedern ärztliche Behandlung zu gewähren, setzt sie aber keineswegs in den Stand, diese Leistung auch zu angemessenen Bedingungen zu erlangen. Das Gesetz gibt den Ärzten ein Monopol auf ärztliche Behandlung der Versicherten, überläßt es jedoch dem Ermessen der Ärzte, ob und unter welchen Bedingungen sie für die Kasse tätig sein wollen. Diese Monopolstellung wird von den Ärzten in rücksichtsloser Weise ausgenutzt.

Die heute versammelten Vertreter aller Kassenarten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, ohne Unterschied der parteipolitischen Stellung, fordern daher nachdrücklichstens Schutz der Kassen durch die Gesetzgebung nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Vorzugsstellung der Ärzte muß beseitigt werden. Sobald bei den Kassen die ärztliche Versorgung gefährdet ist, müssen die Kassen ohne weiteres berechtigt sein, an Stelle der ärztlichen Behandlung eine Barleistung zu gewähren. In Verbindung hiermit ist der § 80 der Reichsgewerbeordnung dahin abzuändern, daß die Ärzte, wenn sie die Behandlung übernehmen, verpflichtet sind, Versicherte zu den Mindestsätzen der amtlichen Gebührenordnung für Ärzte zu behandeln.

2. Zur Verbesserung der Krankenbehandlung muß den Krankenkassen insbesondere die Errichtung von ärztlich geleiteten Behandlungsstellen (Ambulatorien u. dergl.) erleichtert werden.

3. Die Zulassung der Ärzte zur Kassentätigkeit muß nach dem Grundsatze der Bedarfsdeckung geregelt werden. Die Kassen dürfen nicht aus Rücksicht auf ärztliche Erwerbs- und Berufsinteressen gezwungen werden, mehr Ärzte zuzulassen, als zur guten Behandlung der Kranken erforderlich sind. Durch die von dem Ärzteverband geforderte schrankenlose Zulassung der Ärzte zur Kassentätigkeit wird der ungesunde Zudrang zum Ärzteberuf nur gefördert.

4. Zur Förderung eines gedeihlichen Zusammenwirkens sind Schiedsausschüsse bei den Versicherungsämtern, Schiedsämter bei den Oberversicherungsämtern und ein Zentralschiedsamt beim Reichsarbeitsministerium zu errichten.

Die geldliche Lage der Kassen ist infolge der gewaltigen Verteuerung aller Fürsorgeleistungen bedrohlich. Da aber die Höhe der Kassenausgaben von den Ärzten ausschlaggebend beeinflußt wird, richtet der Allgemeine deutsche Krankenkassentag an Reichsregierung und Reichstag die dringende Bitte, die Ärztefrage unverzüglich auf obiger Grundlage zu ordnen."

Aus aller Welt.

Die Fangergebnisse der deutschen Seefischerei im Oktober 1920.

betrugen: in der Nordsee 10 092 926 Kilogramm Fische aller Art mit einem Geldwert von 39 246 617 Mark, darunter 267 486 Kilogramm Heringe, die mit 1 807 008 Mark bewertet wurden. In der Ostsee wurden gefangen 8 561 087 Kilogramm Fische mit einem Werte von 9 120 967 Mark, darunter 870 709 Kilogramm Heringe, die einen Wert von 1 397 548 Mark darstellten, und 1 258 940 Kilogramm Sprotte, die 642 296 Mark erbrachten. — In der außerordentlichen Generalversammlung der Hochseefischerei- und Fischmarkt-Aktiengesellschaft Emden wurde die Erhöhung des Aktienkapitals von 1 Million auf 10 Millionen Mark einstimmig beschlossen.

Deutsche Oelgewinnung aus Schiefer.

Das Schiefergestein des Juragebirges, das über 6 Prozent Oelgehalt besitzt, wird jetzt durch große Fabrikanlagen ausgenützt werden. Wie in der „Umschau" berichtet wird, entstehen in Oberfranken in der Gegend von Bayreuth umfangreiche Anlagen, in denen das Schieferöl gewonnen und durch Destillation in seine einzelnen Bestandteile zerlegt wird. Früher rentierte sich diese Art der Oelgewinnung nicht, da die Kosten im Vergleich zu dem billigen amerikanischen und russischen Petroleum zu hoch waren. Bei dem jetzigen Mangel an ausländischen Oelen aber ist diese Produktion für die deutsche Wirtschaft von höchstem Werte. Die mineralischen Rückstände des Schiefers liefern für die Landwirtschaft Stickstoff-Düngermittel und Material zur Herstellung von Zement. Auf einem Gebiete von rund 7400 Hektar lassen sich 228 Millionen Tonnen Oel gewinnen. Produziert man täglich, wie geplant, 10 000 Tonnen, so würde dieses Mineralöl 70 Jahre reichen. Der Oelschiefer kann auch zur Heizung industrieller Anlagen verwertet werden, wie dies in Sachsen bereits geschieht.

Bücherwarte.

Von der Neuen Zeit, der wissenschaftlichen Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, ist soeben das 10. Heft vom 1. Band des 39. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Sozialisierungspläne der Schwerindustrie. Von Artur Geisen. — Saint-Simon und seine Schule. Ein Blatt aus der Kindheitsgeschichte des modernen Sozialismus. Von Professor Dr. W. Berg. — Die Reform der Sozialversicherung. Von Wilhelm Gulke. — Wie wählen die Frauen? Von K. Panitz (Magdeburg). — Literarische Rundschau usw. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch die Buchhandlung Volkswacht, Am Spendhaus 6, sowie durch die Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 13 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mark. Probenummern stehen zur Verfügung.

Weihnachts-Ausstellung.

Billige Klassiker-Ausgabe.

Schiller	4 Bd.	zus.	60.— M.
Goethe	4 „	„	60.— „
Reuter	4 „	„	50.— „
Shakespeare	4 „	„	50.— „
Zola	3 „	„	54.— „
Ibsen	3 „	„	51.— „
Freiligrath	3 „	„	45.— „
Lessing	2 „	„	30.— „
Kleist	1 „	„	15.— „
Körner	1 „	„	15.— „
Lenau	1 „	„	15.— „
Uhland	1 „	„	15.— „

Romane u. Erzählungen.

Für Kinder
von 8 bis 14 Jahren.

Nordpolfahrer	7.50 M.
Wenn du noch eine Mutter hast	7.50 „
Rübezahl	7.50 „
Märchen-Wunder-Garten	7.50 „
Robinson	7.50 „
Onkel Toms Hütte	7.50 „
Ursula	4.40 „
Kindermärchen	4.30 „

Jugendbücher in großer Auswahl
0.50, 1.— u. 1.50 Mk.

Für die Jugend
von 16 bis 20 Jahren.

Stahl- und Eisen-Technik	30.— M.
Der Bergbau	20.— „
Werkbuch fürs Haus	21.— „
Aus fernen Zonen	10.— „
Unser Wald	6.— „
Kreuz u. quer durch den Balkan	3.— „
Wanderbuch	7.50 „
Frohes Wandern	3.50 „
Ein Rückblick a. d. Jahre 2000	3.60 „
Wunder des Lebens	4.80 „

Vorwärts-Bibliothek, gut ausgestattet
3.—, 4.—, 6.— und 9.— M.

Für Erwachsene.

Marx Kapital	36.— M.
Frau und Sozialismus	15.— „
Bebel. Aus meinem Leben. 3 Bände	42.— „
Die Waffen nieder	8.25 „
Marthas Kinder	5.80 „
Ich bekenne	6.— „
Mutterschaft	3.— „
Drei Monate Fabrikarbeiter	5.50 „
Bauernkrieg	6.— „
Von Kiel bis Kapp	30.— „
Stiefkinder des Glücks	3.— „

Gewerkschafts- und Partei-Schriften
in großer Auswahl und zu allen Preisen.

Märchenbücher, Bilderbücher, Malbücher in großer Auswahl.

Am Spendhaus 6 **Buchhandlung Volkswacht** Paradiesgasse 32

Danziger Nachrichten.

Nachgesuchte Beurlaubung Dr. Grünspans.

Bereits am Montag wurde von den „D. N. N." darauf hingewiesen, daß bei der Wahl der Senatoren das Fehlen einiger führender Namen aus der Danziger Stadtverwaltung bemerkenswert wäre. Es nannte das Blatt die Stadträte Runge, Grünspan und Dumont. Die Gründe für die Beiseitestellung des Stadtrats Runge mußte das Blatt selbst in den bekannten Tatsachen zu finden, daß sich dieser als Vertreter der Vorlage einer staatlichen Elektrizitätsbewirtschaftung die Ungnade des Privatkapitals zugezogen hat. Bereits bei den Beratungen der Elektrizitätsvorlage im Volkstage war dieser Gegensatz so offensichtlich zutage getreten, daß die Linke Stadtrat Runge darauf aufmerksam machte, daß er sich bei den Bürgerlichen, besonders bei den Deutschnationalen, unmöglich gemacht hätte. Seine Nichtaufstellung als Senator beweist, wie sehr die Vertreter des Profitkapitals ihm wegen der Vertretung fortschrittlicher Ansichten feind gewesen sind. Auch die Beiseitestellung des Stadtrats Dr. Grünspan, der sich in seinem Amte unter weit schwierigeren Verhältnissen sicherlich befähigter und fortschrittlicher gezeigt hat, als der überwiegende Teil der Mitglieder der jetzigen Regierung, ist unter ähnlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Ueber die Beiseitestellung anderer Stadträte, wie z. B. Dumont und Hellwig, wird man im Gegenteil jedoch nur Genugtuung empfinden können. Ihre Aufstellung als Senatoren hätte noch offensichtlicher zum Ausdruck gebracht, wie geradlinig der „neue Kurs" gegen das Wohl und die Interessen der breiten Masse gesteuert werden soll. Die Herren Grünspan und Runge hätte die Linke, trotz aller Verschiedenheit zu den Ansichten und manchen Amtshandlungen der beiden, jedoch auf den Plätzen der neuen Regierung lieber gesehen als manch andere Person.

Wie nachstehende Mitteilung erkennen läßt, hat Stadtrat Dr. Grünspan als Vorsitzender des Wirtschaftsamtes die Konsequenzen aus der Regierungsbildung gezogen. Es wird darüber berichtet:

„Der Vorstand des Wirtschaftsamtes hat beim Senat beantragt, daß, nachdem nunmehr die Senatswahlen vollzogen sind, die Verantwortung für die Maßnahmen des Wirtschaftsamtes, soweit sie auf staatlichen Befugnissen beruhen, in vollem Umfange vom Senat getragen werde und daß der Senat die hierzu erforderlichen Anordnungen schleunigst trifft. Insbesondere hat der Vorstand beantragt, den Vorsitzenden des Wirtschaftsamtes neu zu wählen, nachdem Herr Stadtrat Dr. Grünspan auf seinen Antrag von den Geschäften des Vorsitzenden beurlaubt worden ist. Sie werden von Mittwoch, den 8. Dezember d. J., bis auf weiteres von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Dr. Faldix, geführt.

Durch die Beurlaubung des Stadtrats Dr. Grünspan von den Geschäften als Vorsitzender des Wirtschaftsamtes sollen in erster Linie die Verantwortlichkeiten klargestellt werden. **Herr Stadtrat Dr. Grünspan trägt für die Maßnahmen des Wirtschaftsamtes künftig keinerlei Verantwortung mehr.**"

Wenn Stadtrat Dr. Grünspan die weitere Verantwortung für die Leitung des Wirtschaftsamts unter der neuen deutschnationalen Blockregierung ablehnt, so bringt auch er damit zum Ausdruck, daß er ahnt und weiß, wohin die Reise gehen soll. Die Agrarier haben durch die starke deutschnationale Vertretung im Senat die beste Aussicht auf Durchführung all ihrer Pläne, und kein Einsichtiger wird von der nun in Gang kommenden deutschnationalen Wirtschaftspolitik für das Volk Gutes erwarten können.

Schwerer Straßen- und Eisenbahnzusammenstoß am Hansaplatz.

Ein schwerer Straßenbahnunfall, der glücklicherweise ohne größere Folgen blieb, ereignete sich gestern nachmittag nach 5 Uhr am Hansaplatz an der Ecke Am Holzraum—Schichaugasse. Dort stieß eine Straßenbahn mit einem von der Danziger Werft nach Neufahrwasser fahrenden Güterzuge zusammen. Der Unfall soll nach Aussage des Wagenführers auf die ungenügende Beleuchtung an der Straßenkreuzung zurückzuführen sein. Der Wagenführer des nach Neufahrwasser fahrenden Straßenbahnzuges hatte den ziemlich langen Güterzug, der die Ecke Schichaugasse—Am Holzraum die Straße überquerte, erst im letzten Augenblick bemerkt und fuhr die Straßenbahn mit ziemlicher Wucht in den fahrenden Güterzug hinein. Der Anprall war so heftig, daß der Vorderteil des Motorwagens vollständig eingedrückt und einzelne Seitenteile des Wagens losgerissen und auf die Straße geschleudert wurden. Auch der Vorderteil des ersten Anhängewagens, dessen Kuppelung mit dem Triebwagen bei dem Anprall zerrissen war, wurde erheblich beschädigt. Die Straßenbahn war voll besetzt.

Die Fahrgäste wurden bei dem Zusammenprall heftig durcheinandergeworfen. Da auch das Licht im Wagen plötzlich auslöschte, bemächtigte sich ihrer zunächst eine große Panik. Mehrere Fahrgäste bluteten aus Schnittwunden, die sie sich durch Glassplitter zugezogen hatten, ein kleines Mädchen hatte schwere Quetschungen der Beine erlitten.

Der Güterzug, dessen mittlere Wagen von dem Zusammenstoß getroffen wurden, hat keinen nennenswerten Schaden erlitten. Der Lokomotivführer hatte den Zusammenprall anscheinend gar nicht bemerkt, da der Güterzug ohne Unterbrechung seine Fahrt fortsetzte. Der Verkehr konnte bis zur Freilegung der Strecke durch Umsteigen aufrecht erhalten werden.

Straßenraub vor dem Schwurgericht.

Von den beiden für gestern angesetzt gewesenen Schwurgerichtsverhandlungen kam nur diejenige gegen den Arbeiter Konrad Weigle aus Bösendorf zur Erledigung. Die zweite Verhandlung gegen den Arbeiter Helmut Matron aus Schidlitz und Genossen mußte wegen Ausbleibens von zwei wichtigen Zeugen vertagt werden.

Der Arbeiter Weigle war wegen Raubes unter erschwerenden Begleitumständen angeklagt, den er in Gemeinschaft mit einem gleich nach der Tat flüchtig gewordenen Arbeiter Laskowski am 5. September auf dem Wege von Kladau nach Bösendorf verübt hatte. An diesem Tage, einem Sonntag, trafen sie nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr zufällig in dem Dinglerschen Gasthof in Kladau mit dem Fleischermeister Wendt aus Suckschin zusammen, der von einem Vieheinkauf zurückkam und etwas angeheitert war. Beim Bezahlen bemerkten die beiden, daß Wendt einige tausend Mark in der Brieftasche bei sich führte. Sie beschlossen ihm später zu folgen und die Brieftasche zu rauben. Wendt bemerkte, nachdem er den Ort verlassen hatte, daß von hinten jemand auf seinen Wagen sprang. Dann wurde er plötzlich nach hinten über den Sitz gezogen und ihm die Brieftasche aus dem Rock gezogen. Die Täter entflohen in den nahen Wald, wurden dort aber bei der Teilung der Beute von einem Förster überrascht und entflohen, nachdem Weigle noch schnell 1980 Mark vom Boden aufgerafft hatte. Der Fleischermeister war schnell nach Hause gefahren und hatte von dem Vorfall Mitteilung gemacht. Sein dort zufällig anwesender Neffe machte sich sofort zur Verfolgung der Täter auf. Es gelang ihm auch sehr bald Weigle zu stellen, dem das Geld abgenommen wurde. Bei der Verhandlung behauptete Weigle, der entflohene Laskowski habe die Tat allein ausgeführt, der ihm nur ein Schweigegeld habe geben wollen. Wendt konnte sich aber genau erinnern zwei Männer an seinem Wagen bei dem Ueberfall gesehen zu haben, die dann auch zusammen dem Walde zugelaufen waren. Als Weigle festgenommen wurde, fand man bei ihm einen Schlagring und einen geladenen Revolver vor. Die Geschworenen sprachen Weigle dem Sinn der Anklage entsprechend schuldig, bejahten jedoch die Frage nach mildernden Umständen. Weigle wurde darauf zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Tarifbewegung der Angestellten des Groß- und Kleinhandels.

Die drei Gewerkschaftsrichtungen der kaufmännischen Angestellten hatten zu gestern abend eine allgemeine Angestelltenversammlung nach dem Werftspeisehause einberufen, die Kollege Leu vom Zentralverband der Angestellten leitete. Nach einer sachlichen Darstellung der bisherigen Verhandlungen und der durch den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes der Angestellten Kuhn unternommenen Schritte setzte die Diskussion ein. Alle Redner sprachen sich dahin aus, daß mindestens eine Erhöhung von 40 bis 60 Prozent ab 1. Januar 1921 eintreten müßte. Scharf wurde die Verschleppungspolitik der Arbeitgeber verurteilt und der Streik als letztes Kampfmittel in Aussicht genommen. Nachfolgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Die am 7. Dezember im Werftspeisehause tagende öffentliche Angestellten-Versammlung des Groß- und Kleinhandels nimmt den Bericht der Organisationsvertreter zur Kenntnis. Im Interesse einer gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bedauert sie auf das lebhafteste, daß der Bund der Arbeitgeberverbände zuerst kein Entgegenkommen den Forderungen der Angestellten gegenüber gezeigt und den Verhandlungstermin durch verspätete Benachrichtigung an die Organisationen so lange verzögert hat. Die Versammlung betont ihre Einmütigkeit dahingehend, daß sie einer Verschleppung der Verhandlungen sowie einem ungenügenden Entgegenkommen mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln entgegentreten wird. Die Versammlung erwartet, daß die Verhandlungen in diesem Sinne am Freitag beendet werden und fordert die Organisationsvertreter zum Bericht über die Verhandlungen am Freitag abend und zur weiteren Beschlußfassung auf."

Hoffentlich wirkt die Einmütigkeit des Zusammenstehens aller drei Angestelltenrichtungen auf das Verhalten der Arbeitgeber derart ein, daß sie den Bogen nicht zu straff spannen und sich zu einem Entgegenkommen verstehen, das den berechtigten Wünschen der Angestellten nach Aufbesserung ihrer Bezüge entspricht.

Die Festsetzung der Süd- und Ostgrenze des Freistaates.

Die Grenzkommission Danzig hat in den Sitzungen vom 1. bis 4. Dezember die Grenzen der Freien Stadt Danzig gegen Polen längs der Weichsel und gegen Deutschland längs der Nogat, im Frischen und auf der Nehrung festgesetzt.

Die Grenzen verlaufen folgendermaßen:

A. **Gegen Polen.**

Vom Treffpunkt der Gemeindegrenzen Kohling, Güttland und Mühlbanz (etwa 200 Meter östlich der Eisenbahn Dirschau—Danzig) fällt die Landesgrenze mit der südlichen Gemeindegrenze von Güttland zusammen, bezieht den nördlichsten Teil der Gemeinde Czattkau (Vogelgreif und dazugehörige Ländereien) in das Freistadtgebiet ein führt zur Mitte der Hauptfahrrinne der Weichsel auf einen Punkt, der etwa 550 Meter südlich vom Schnittpunkt der südlichen Gemeindegrenze von Güttland mit der Mitte der Weichsel liegt. Von hier folgt die Grenze der Mitte der Hauptschiffahrtsrinne der Weichsel stromaufwärts bis zur Abzweigung der Nogat bei Montauer-Spitze.

Die Weichselbrücken bei Dirschau und das unter den Brücken befindliche Land am Ostufer der Weichsel bis zu einer Linie 20 Meter nördlich der Eisenbahnbrücke und 20 Meter südlich der Straßenbrücke fallen an Polen. **Die interessierte Landbevölkerung sowie die Deich- und Strombeamten auf Danziger Gebiet erhalten hier das Recht des freien Durchgangs.** Auf dem östlichen Brückenkopf bleibt eine 7 Meter breite Zone auf der Deichkrone in Danziger Besitz.

B. **Gegen Deutschland.**

Von der Abzweigung der Nogat bei Montauer-Spitze führt die Grenze zunächst auf dem südlichen Nogatufer entlang, beläßt die Einlaßbauwerke der Nogat bei Weißenberg bei Danzig und gewinnt dicht unterhalb dieser Bauwerke die Mitte der Hauptschiffahrtsrinne der Nogat. Dieser folgt die Grenze talwärts durch die Breite Fahrt, den Bieberzug und die Westrinne bis zum Frischen Haff mit folgenden **zwei Ausnahmen:**

1. Die auf dem östlichen Nogatufer liegenden Wernersdorfer Kampen kommen zu Danzig.

2. Die Nogatbrücken bei Marienburg fallen an Deutschland.

Im Frischen Haff folgt die Grenze der Mitte des Danziger Fahrwassers bis zum Leuchtturm im Elbinger Fahrwasser und führt von dort in gerader Linie zur westlichen Gemeindegrenze von Pröbbernau auf der Nehrung. Die Grenze fällt hier zunächst mit der Westgrenze von Pröbbernau zusammen und verläuft dann am Westrand des Theerbuden-Seeweges bis zur Ostsee.

Hiermit sind die Grenzen der Freien Stadt Danzig überall endgültig festgesetzt.

Die Vertretungsfrage für Sahm

wird durch eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion an den Magistrat aufgerollt. Oberbürgermeister Sahm hat bekanntlich in einem Rundschreiben an die Geschäftsstellen des Magistrats mitgeteilt, daß er sein Amt als Oberbürgermeister niederlegt und daß Bürgermeister Ball die Geschäfte übernimmt. Rechtlich ist dieses Verfahren nach der Städteordnung nicht einwandfrei. Sahm hätte dem **Magistrat** die Amtsniederlegung mitteilen müssen, und Aufgabe der städtischen Körperschaften wäre es gewesen, die Nachfolgerfrage zu ordnen. Darüber soll nun durch die nachstehende Anfrage Klarheit geschaffen werden. Die Anfrage an den Magistrat lautet:

„Hält der Magistrat den zum Senatspräsidenten gewählten Oberbürgermeister für befugt, ohne Befragung der Stadtverordnetenversammlung seinen Nachfolger und einen Vertreter für diesen zu bestimmen?

Wie ist dieses Verfahren mit der noch geltenden Städteordnung zu vereinbaren?"

Vermißt wird seit Dienstag den 30. November der 21jährige Händler **Felix Otto Kupfer** in Danzig, Rittergasse 16. Kupfer litt an Krämpfen und hat früher eine Gehirnerschütterung erlitten. Es ist daher anzunehmen, daß er planlos umherirrt, oder daß ihm ein Unfall zugestoßen ist. Er ist 1,68 bis 1,70 Meter groß, hat blonde Haare, blaue Augen und trug einen braunen Anzug, graue Mütze und schwarze hohe Schnürstiefel.

S. P. D. Parteinachrichten.

5. Bezirk (Langfuhr). Donnerstag, den 7. Dezember, abends 7 Uhr, findet bei Kresin, Brunshöfer Weg,

ein humoristischer Unterhaltungsabend

statt. Alle Parteifreunde werden mit ihren Familien zum vollzähligen Besuch dieser Veranstaltung freundlichst eingeladen.

8. Bezirk (Niederstadt, Speicherinsel, Kneipab). Am Donnerstag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr, im Restaurant [illegible], Große Schwalbengasse 18:

Bezirksversammlung des Sozialdemokratischen Vereins.

Referent: Gen. Bohn. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Freunde der Partei können durch Mitglieder eingeführt werden.

Arbeiterjugend Heubude. Das neue Heim der Heubuder Arbeiterjugend befindet sich jetzt in der Gutsimplerlage „Weichselwehr" bei Herrn Parling, [illegible]straße. Der erste Heimabend findet am Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7 Uhr statt. Die Eltern wollen Sorge tragen, daß die Jugend zahlreich erscheint, sie selber sind ebenfalls herzlichst eingeladen.

Standesamt vom 8. Dezember 1920.

Todesfälle: Kaufmann Hermann Weidt, 58 J. 7 M. — Kaufmann Alexander Schmich, 46 J. 3 M. — Frau Anna Stein geb. Braun, 81 J. 8 M. — Witwe Emilie Rogorsch geb. Schulz, 75 J. 7 M. — Witwe Florentine Schröder geb. Werner, 87 J. 8 M. — T. d. Straßenbahn-Wagenführers Leo Hirsch, 4 J. — T. d. Schmiedemeisters Max Loellwitz, 3 M. Unehelich: 1 Sohn.

Wasserstandsnachrichten am 8. Dezember 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Zawichost	+ —	+ —	Kurzebrack	+ [illegible]	+ [illegible]
Warschau	—	—	Montauerspitze	+ 0,09	+ 0,06
Schönau	+ 6,62	+ 6,56	Pieckel	— 0,10	— 0,2[illegible]
Galgenberg	+ 4,54	+ 4,54	Dirschau	— 0,09	— —
Neuhorsterbusch	+ 2,14	+ 2,00	Einlage	+ 1,95	+ 1,82
Thorn	+ 0,18	+ —	Schiewenhorst	+ 2,12	[illegible]
Fordon	+ [illegible]	+ —	Wolfsdorf	+ 0,20	— 0,[illegible]
Culm	+ 0,13	+ —	Anwachs	+ [illegible]	+ 0,[illegible]
Graudenz	+ 0,2[illegible]	+ —			

Weichsel: Eistreiben stark, ¾ Strombreite.
Nogat: Eistreiben.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolze, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig, für die Inserate Bruno Ewert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Günstigste Reisegelegenheit nach Deutschland an Bord des Lloyddampfers „Vorwärts"

2576) Ab Danzig jeden Mittwoch und Sonnabend vormittags 11 Uhr. Ab Swinemünde Extrazüge nach Berlin.

Fahrkartenverkauf: Norddeutscher Lloyd, Zweigniederlassung Danzig, vorläufig Stadtgraben 5 in der Verkehrszentrale (Tel. 549), später Hohes Tor (frühere Hauptwache).

Ferner **Baltropa,** Internationales Reise- und Verkehrsbüro G. m. b. H., Danzig, Grünes Tor. — Telegr.-Adr.: Baltropa. — Telefon 1730.

Amtliche Bekanntmachungen.

Kartoffelbestandsaufnahme.

Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Errichtung des Wirtschaftsamtes für das Gebiet der Freien Stadt Danzig vom 23. Januar 1920 (Sonderausgabe des Amtsblatts vom 27. Januar 1920) wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Am 10. Dezember findet im Gebiete der Freien Stadt Danzig eine Bestandsaufnahme aller bei Erzeugern und Händlern vorhandenen Kartoffelvorräte statt.

§ 2.

Erhebungsbehörden sind: in der Stadt Danzig das Statistische Amt, in Zoppot der Magistrat und in den Landkreisen die Landräte.

§ 3.

Die Erhebung erfolgt mittels Fragebogen, die von Erzeugern und Händlern auszufüllen sind. Anmeldepflichtige, die am Erhebungstage einen Fragebogen nicht erhalten haben, haben einen solchen beim Gemeindevorstand (Magistrat) abzuholen.

§ 4.

Die Vordrucke sind in allen Teilen sorgfältig und wahrheitsgemäß auszufüllen und spätestens bis zum 12. Dezember beim Gemeindevorstand (Magistrat) einzureichen.

§ 5.

Meldepflichtige, die den Fragebogen nicht rechtzeitig ausfüllen und abliefern, oder den Fragebogen wissentlich unrichtig oder unvollständig ausfüllen, werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 3000 M. bestraft. Auch werden Vorräte, die nicht angezeigt sind, ohne Entschädigung zu Gunsten des Freistadt-Versorgungsverbandes für denselben verfallen erklärt werden.

Danzig, den 7. Dezember 1920. (2928

Das Wirtschaftsamt
für die Freie Stadt Danzig.

Belieferung ausländischer Schiffe.

Artikel I.

§ 1 Absatz 1 der Verordnung vom 2. Dezember 1920 über Belieferung ausländischer Schiffe veröffentlicht in den Tageszeitungen vom 7. 12. 1920 erhält folgenden Wortlaut:

Alle Schiffe, die nicht die Danziger oder polnische Flagge zu führen berechtigt sind, dürfen mit Lebensmitteln nur mit Genehmigung des Magistrats der Stadt Danzig beliefert werden.

Artikel II.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Danzig, den 8. Dezember 1920. (2934

Der Magistrat.

Die Maler- und Anstreicherarbeiten

in den eingebauten 18 Wohnungen der Telegraphenkaserne Danzig-Langfuhr sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis

Mittwoch, den 15. Dezember 1920, vormittags 9 Uhr

dem Städt. Hochbaubüro, Eisenbahndirektionsgebäude, Zimmer 430 einzureichen.

Die Bedingungen liegen in der Hochbaugeschäftsstelle im Rathause, Langgasse, Zimmer 82 zur Einsicht aus und können auch gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Danzig, den 8. Dezember 1920. (2929

Der Magistrat.

Institut für Zahnleidende

Telefon 2621. **Pfefferstadt 71** Nähe Bahnhof.

Spezialärztl. Abteil. Mund- u. Zahnoperationen in örtlicher oder allgemeiner Betäubung. Zahnplomben jeder Art. Zahnregulierungen.

Spezialtechn. Abteil. Zahnersatz mit und ohne Gaumenplatte aller Systeme. Reparaturen, Umarbeitungen schnellstens. Mäßige Kostenberechnung.

Sprechzeit 8—7, Sonntag 9—12.

Viktoriaerbsen

kernfähiger Ernte, vorzüglich kochend, gibt preiswert ab (2925

Rudolf Prantz, Hopfengasse 29.

Der Atheist

von Ernst Ewert
Preis 2.50 Mark
zu haben in der
Buchhandlung Volkswacht,
Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Mittwoch, den 8. Dezember 1920, abends 7 Uhr
Dauerkarten E 1.

Der Waffenschmied

Komische Oper in 4 Bildern.
Dichtung und Musik von G. A. Lortzing.
Szen. Leitung: Max Aschner. Musikalische Leitung: Erich Walter. Inspektion: Otto Friedrich.
Ende gegen 9¼ Uhr.

Donnerstag, den 9. Dezember 1920, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 2. Der Fremde. Phantastische Oper in vier Bildern von Franz Rauch. Musik von Hugo Kaun.

Freitag, den 10. Dezember 1920, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 2. Neu einstudiert. Die Jugendfreunde. Lustspiel in vier Akten von Ludwig Fulda.

Sonnabend, den 11. Dezember 1920, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 2. Die toten Augen. Eine Bühnendichtung von Hanns Heinz Ewers.

Sonntag, den 12. Dezember 1920, abends 7 Uhr. Zum ersten Male. Die Feuerprobe. Komische Oper in einem Akt von Prof. W. Doll. Hierauf: Tanzbilder. Ausgeführt vom gesamten Ballett unter Leitung des Balletttmeisters Herrn Wolf Walter.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Bansmann.
Künstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.

Heute Mittwoch, d. 8. Dezember
Anfang 7 Uhr Anfang

Das Hollandweibchen

Operette in 3 Akten von Leo Stein und Bela Jenbach.

Morgen Donnerstag, d. 9. Dezember
Zum ersten Male!
„Der müde Theodor".

Vorverkauf findet tägl. v. 10—4 Uhr nur im Deuma-Haus Langgasse 69/70 statt, Sonntags 9—2 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung: Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

Kassenöffnung 6 Uhr — Rauchen verboten.

In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle"

Apollo Lichtbild-Theater Apollo

III. Damm 9.
Spielplan vom 8. bis 10. 12.

Die Maske des Todes!
Episoden-Sensation I. Teil.

Der Mann mit dem Silberschloß!
Großes Abenteurerdrama in 6 Akten.
Hauptdarsteller: Hans Ellersdorff.

Der Erbe von Het Steen
Detektivdrama in 4 Akten.

Der Rodelindianer
Lustspiel in 2 Akten. (2924

August Wilke, Langfuhr

Hauptstr. 39 **Schuh-Geschäft** Hauptstr. 39

Großes Lager in eleganten Damen- und Herrenstiefeln
Kinder-, Hausschuhen und Pantoffeln

Große Allee 10

K.K.Brett'l

Uhr 1

Amüsement!!!
Dezember-Programm

J. Krosin, Tanzhumorist
Charlotte Dietz-Kapp, Diseuse
Charlotte Dorena, Vortragskünstlerin
Dagmar u. Hansen, mod. Tänzerpaar
Stella Hidg, Oper.- u. Liedersang.

2 Kaltes-Tatoschus :: Biedermeier-Porzellan

11 entzückende Darstellungen.

Ina v. Prattin, Vortragskünst. Horst Walden, Chansons.
Fredy Schlick, Humorist u. Stimmungssänger.

Hotel Danziger Hof

Wintergarten und Rokokosaal
Donnerstag:
5-Uhr-Tanz-Tee
Steff-Orchester 10 Solisten (2854
Eigene Konditorei Mix- und Eisgetränk
Sonnabend: Reunion Sonntag: Tafelmusik-Familienabend

Oetker's Rezepte

gelingen immer! Man versuche:

Spekulatius.

Zutaten: 100 g Butter oder Fett, 180 g Zucker, 350 g Mehl, ½ Päckchen von Oetker's Milch-Eiweißpulver, ¼ Päckchen von Dr. Oetker's „Backin", 6 Eßlöffel voll Milch oder Wasser.

Zubereitung: Butter und Zucker werden schaumig gerührt, dann fügt man das Eiweißpulver und die Milch hinzu und arbeitet alles gut durcheinander. Der Teig wird messerrückendick ausgerollt, mit Blechformen ausgestochen und auf ein gefettetes Blech gelegt und schön knusperig gebacken.

(50) jähriges Geschäftsjubiläum

Carl Conrad vorm. Reinhold Klau Gegründet 1. J. 1870
Altst. Graben 106, Ecke Gr. Mühlengasse — Tel. 1520
Tabak- u. Zigarrenhandlung
Ständiges Lager in (2930
Zigaretten, Rauch-, Kau- u. Schnupftabaken.
Spezialgeschäft für Pfeifen u. Rauchrequisiten aller Art.
Festgeschenke in grosser Auswahl

Filz-Velour-Hüte

für Damen und Herren
werden schnellstens in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung
umgepresst,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhutfabrik
Hut-Basar zum Strauß
Annahmestelle
auf Langenmarkt Nr. 6-7
(gegenüber der Markthalle). (8307

Wer hat Geld braucht

wend. sich sof. an Rud. Lieutke, Danzig, Paradiesgasse 8-9. (2683

Kleiner Stubenhund

preiswert zu verkaufen Klein, Kalkowgasse 14 pt. (Hinterhaus). (†

Volksfürsorge,

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Kein Policenverfall.
— Sterbekasse. —
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt, Wattenbuden 35.

Fahrrad-Mäntel

la holländ. Ware
100 Mk. pro Stück
Bernstein & Comp.,
Danzig, Langgasse 50. (2931

Gut erh. Laterna magica u. Kinderkino sowie gestr. Herrenhose für kl. Figur u. kl. eich. Arbeitstisch z. verk. Mausegasse 3, 1 Tr. l. (†

Karbid-Lampen billig!

Weg. Aufgabe d. Artikels unter Einkaufspreis.
Bernstein & Comp.,
Danzig, Langgasse 50. (2926

1 Winterüberzieher

zu verkaufen bei Kobiella, Cabesweg 1, 1 Tr. (†

Ein Paar neue
Damenschuhe,
Größe 36, abzugeben (†
Senkpiel, Böttcherg. 15/16, I

Fellschaukelpferd

und Boothobel preiswert zu verk. Schwichtenberg, Hinter Adlers Brauh. 23, II (†

Frauen

denen bei Störung der Periode (Blutstockung usw.) andere Mittel nicht helfen, brauchen noch nicht zu verzagen, bestellen Sie sofort Präparate Marke.
Sorgenfrei.
Preisliste mit vielen Dankschreiben gegen Mk. 1.— Voreinsendung. Generaldepot: H. Schäler, München, Arnulfstr. 42. (2836

Ach, es ist doch zum Verzagen,
Alle Müh' hat keinen Zweck —
Schulten muß man und sich plagen
Und kommt doch nicht aus dem Dreck.
Teurer wird und schlechter alles,
Immer größer wird der Dalles.
Eins nur kann in diesen Zeiten
Freude und Genuß bereiten,
Läßt vergessen Müh' und Plag':
Das ist Rähmscher Schnupftabak.

Rähmscher Schnupftabak
überall erhältlich!
Tabakfabrik B. Schmidt Nachfl.,
Danzig, Rähm 16. 2933

14karätige moderne Uhrarmbänder mit Ankerwerk

Wir stellen einen großen Posten zu sehr niedrigen Preisen zum Verkauf, den wir zufällig besonders billig erwerben konnten! Für die Werke leisten wir volle Garantie.

Moritz Stumpf & Sohn
Danzig Zoppot Langfuhr

Soeben erschienen!
Danziger Glossen
Heft 3
von Ernst Ewert
Preis 1.50 Mark.
Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.